

Das liberale Leitbild für eine starke Zukunft

Prioritäten für moderne
Politik im Kreis Kleve
#2020

 **Chancenmacher**
2020

Präambel

Liebe Mitbürgerinnen und Mitbürger,

das Coronavirus stellt das gesellschaftliche Leben auf den Kopf. Neue Themen haben an politischer Priorität gewonnen, andere sind in den Hintergrund gerückt. Wir sind als Liberale im Kreis Kleve der Überzeugung, dass die Corona-Krise die politischen Versäumnisse der vergangenen Jahre schonungslos offenlegt. Diese gilt es nun aufzuarbeiten.

So scheint das Verhältnis zwischen der Kreisverwaltung auf der einen, und den Städten und Gemeinden auf der anderen Seite, schwer angespannt zu sein. Als es wichtig gewesen wäre, schnell und entschlossen zu handeln, entbrannte über Tage hinweg ein in der Öffentlichkeit ausgetragenes Kräftemessen zwischen dem Landrat und den Bürgermeistern. So dauerte es, ehe die Soforthilfen den Weg zu den von der Krise schwer getroffenen Selbstständigen und kleineren Betrieben fanden. Daher treten wir dafür ein, dass die Zusammenarbeit zwischen dem Kreis und den Kommunen wieder stärker auf Augenhöhe stattfindet. Wir brauchen mehr Gemeinsamkeiten zwischen Nord und Süd, zwischen Ost und West sowie zwischen linker und rechter Rheinseite.

Damit dies gelingt, wünschen wir uns an der Spitze der Kreisverwaltung einen Landrat, der Menschen und politische Lager zueinander führt. Daher unterstützen wir mit dem parteilosen Peter Driessen einen erfahrenen Bürgermeister als künftigen Landrat. Er hat jahrelang in Bedburg-Hau unter Beweis gestellt, die Verwaltung ambitioniert und mit Weitsicht führen zu können. Seine Agenda ist unsere: Wir wollen mehr Präsenz der Verwaltung im gesamten Kreisgebiet – etwa durch wechselnde Orte für Kreistagssitzungen. Auch die jüngeren Generationen wollen wir stärker in die politische Agenda einbinden und fordern daher die Einrichtung eines Kreis Klever Jugendparlaments.

Wir sind davon überzeugt, dass ein geeinter Kreis Kleve mehr ist als die Summe von 16 Gemeinden. Wir haben in der Corona-Krise feststellen müssen, dass mehr Koordination des Kreises in den Bereichen der Gesundheitsversorgung dringend notwendig ist. Nur gemeinsam werden wir ein ausreichendes Versorgungsniveau im gesamten Kreisgebiet garantieren können. Die Zeiten, in denen sich die Kreisverwaltung reflexartig „nicht zuständig“ fühlte, müssen der Vergangenheit angehören. Insbesondere auch in den Bereichen der Bildung, der Digitalisierung und des Verkehrs muss die Kreispolitik gestaltender in Erscheinung treten.

Bei diesen Anstrengungen werden wir stets von dem Anspruch geleitet, einen attraktiven Kreis Kleve zu gestalten, in dem wir heute und in Zukunft gerne leben. Dazu werden wir als Freie Demokraten in den nächsten Jahren einen maßgeblichen Beitrag leisten.

Digitalisierung



Wir Freie Demokraten im Kreis Kleve wollen die Chancen des digitalen Fortschritts nutzbar machen. Dafür müssen allerdings noch bessere Voraussetzungen geschaffen werden. Insbesondere in den Bereichen der Bildung, der Mobilität und der Verwaltung tun sich durch die Digitalisierung nämlich eine Vielzahl neuer Perspektiven auf.

Grundlage zur Nutzung dieser ist allerdings eine zuverlässige und schnellstmögliche Internetverbindung – auch im ländlichen Raum. Daher fordern wir das Vorantreiben des flächendeckenden Ausbaus der Glasfaser-Technologie im Kreis Kleve. Nur so sind Übertragungsgeschwindigkeiten von 1000 Megabit pro Sekunde möglich. Anders als beim Kupferkabel wird die Glasfaser bei starker Nutzung nicht langsamer. Dieser Technik gehört die Zukunft, mit ihr können hiesige Unternehmen die Zukunft gestalten.

Für uns Liberale gehört das Internet in den öffentlichen Raum. Daher fordern wir die Ausweitung kostenfreier und offener WLAN-Angebote in den Zentren unserer Städte und Gemeinden. So können wir als Politik gleichzeitig dazu beitragen, dass der lokale Handel attraktiv bleibt. Eine solche Internet-Infrastruktur wünschen wir uns auch in Bus und Bahn.

Hinzu kommt: Um die Chancen des digitalen Aufbruchs nutzbar zu machen, muss er mit der Bildung Hand in Hand gehen. Für jüngere Generationen ist der Umgang mit neuen Medien eine Selbstverständlichkeit. Als eine solche müssen sie folglich auch in unseren Schulen behandelt werden. Daher wollen wir die technische Ausstattung am Klever Berufskolleg auf den aktuellsten Stand bringen und so die durchgängige Möglichkeit zur Nutzung digitaler Medien schaffen.

Auch die Kreisverwaltung benötigt ein digitales Update. Die Digitalisierung bietet viele Möglichkeiten der modernen, effizienten Verwaltung. Daher fordern wir einen Arbeitsplan für die durchgängige Digitalisierung der Verwaltung. Unser Ziel ist es, in den kommunalen Amtsstuben an der Spitze der digitalen Revolution zu stehen. Wir fordern einen ambitionierten Plan, alle Dienstleistungen und Antragsverfahren in einem Bürgerportal online anzubieten. Technische Lösungen für ein universelles Nutzerkonto und elektronisches Bezahlen bietet das Kommunale Rechenzentrum Niederrhein (KRZN) seit geraumer Zeit an. Sie müssen nur genutzt werden.

Damit entfielen auch die Bedeutung der Frage, wo Verwaltungsmitarbeiter ihrer Arbeit nachgehen, da alle Anliegen online beantragt und bearbeitet werden. Das Bürgerportal des Kreises Kleve sollte in den Portalverbund mit Bund und Land integriert werden. Nur durch solche Maßnahmen wird es der Kreisverwaltung gelingen, bessere und transparentere Serviceangebote für Bürger und Unternehmen zu schaffen. Einen Beitrag dazu dürfte auch die Schaffung einer Open-Data-Strategie für die Kreisverwaltung leisten. Es braucht einen Kulturwandel hin zu mehr Transparenz und Beteiligung der Bürger. Es muss künftig der Grundsatz der offenen Zugänglichkeit vorliegender Datensätze gelten.

Daher wollen wir uns im Kreistag insbesondere einsetzen für:

- **Den Ausbau der digitalen Infrastruktur in Form von Glasfaserverkabelung, W-LAN-Angeboten und handy-Netzen**
- **Die digitale Ausstattung der Schulen in der Zuständigkeit des Kreises**
- **Eine Digitalisierungsoffensive für die Kreisverwaltung**

Mobilität



Wir Freie Demokraten im Kreis Kleve wollen Verkehrspolitik neu denken. Auch auf dem ländlichen Raum müssen Bürgerinnen und Bürger mobil sein. Immer mehr jüngere und ältere Einwohner des Kreises Kleve verfügen nicht über ein eigenes Auto. Daher gewinnt der öffentliche Personennahverkehr (ÖPNV) zunehmend an Relevanz. Und zwar nicht nur am Tage, sondern auch bis in die späten Abendstunden. Damit dieses Thema an politischer Priorität gewinnt, plädieren wir für die Aufstellung eines umfassenden Mobilitätskonzeptes, das die Zukunft der Fortbewegung im Kreis Kleve gestaltet. Der Kreis muss sich dieser Aufgabe annehmen und über die Grenzen der 16 Kommunen hinausdenken. Dabei braucht es auch eine engere Verzahnung mit den umliegenden Landkreisen Wesel und Viersen. Die Stärkung der kreisübergreifenden Verkehre muss ebenso wie gemeindeüberschreitende Verbindungen erhöhte Priorität erhalten.

Die FDP-Kreistagsfraktion setzt sich dafür ein, bessere und schnellere Verbindungen zu schaffen. Gerade in den Randzeiten sind Busfahrpläne und Routen unwirtschaftlich und unflexibel. Ein bedarfsgesteuertes Busnetz könnte stattdessen für große Vorteile für Fahrgäste und Betreiber sorgen. So fordern wir die Erstellung einer Bus-on-Demand-Strategie. Beim On-Demand-Konzept handelt es sich um einen flexiblen Shuttleservice für mehrere Personen. Dabei gibt es keine Haltestellen, keine festgelegte Route und keinen Fahrplan. Der Fahrgast äußert über eine Smartphone-App seinen Fahrtwunsch, gibt seinen Standort an und bucht die Fahrt. Die Routen für die Busse werden von einem Algorithmus in Echtzeit entsprechend der jeweiligen Nachfrage berechnet. Die Fahrgäste teilen sich den Bus und fahren gemeinsam zum gewünschten Ziel. Die Kosten solcher Fahrten liegen zwischen den einer normalen Linienbusfahrt und den einer Taxi-Fahrt.

Zudem muss das Angebot auf der Bahnstrecke RE10 von Kleve nach Düsseldorf unbedingt besser werden. Die Probleme dort sind bekannt und seit Jahren struktureller Natur. Die DB-Netzagentur hat es verpasst, die veraltete Infrastruktur auf den neuesten Stand der Technik zu bringen. Die Folge sind immer wieder schwerwiegende Störungen. Der RE10 ist so zu einer Zumutung für Pendler geworden. Wir fordern die Deutsche Bahn auf, die veraltete Infrastruktur der Strecke RE10 schnellstmöglich zu erneuern. Doch wir Liberale gehen noch weiter. Für uns gehört die Vision der Weiterführung der Bahnstrecke bis ins niederländische Nimwegen nicht der Vergangenheit an. Wir halten diese noch immer für die zukunftsweisende Alternative zur Schnellbusverbindung SB58. Neben der Bahnlinie nach Kleve besitzt

auch die Bahnverbindung zwischen den Niederlanden und Duisburg eine hohe Bedeutung für den Kreis Kleve. Wir setzen uns daher für die Stärkung dieser Verbindung bei den verschiedenen Verkehrsarten ein.

Zudem muss auch im öffentlichen Personennahverkehr die Digitalisierung Einzug halten. Noch immer sind Fahrpläne unübersichtlich abzurufen und die Informationen über Reisedauer und Kosten dürftig. Auch ist es unmöglich, Fahrkarten online zu kaufen. Diese Missstände müssen zeitnah beseitigt werden. So fordern wir die Schaffung einer kreisweiten Mobilitätsplattform in Form einer App. Auf dieser werden etwa interaktive Echtzeit-Fahrpläne, die Verkehrsträger im Vergleich mit Überblick über Kosten und Reisedauer oder die Möglichkeit zu Mitfahrgelegenheiten hinterlegt. Auch können auf dieser Plattform online Fahrkarten gelöst werden. Des Weiteren fordern wir die Einrichtung digitaler Anzeigetafeln an stark frequentierten Bahnhöfen und Bushaltestellen.

Doch auch die individuelle Mobilität im Kreis braucht neue Perspektiven. Daher unterstützen wir die Ortsumgehungen der B220 Kleve-Kellen, die OW1 in Kevelaer und den Neubau der B67n zwischen Kalkar-Kehrum sowie der A57 bei Uedem und damit einer durchgehenden Verbindung zwischen der A 3 und der A 57. Diese infrastrukturellen Großprojekte tragen dazu bei, dass der Kreis für Unternehmen ein attraktiver Standort bleibt. Die Projekte sollten jedoch so ausgestaltet werden, dass sie möglichst keinerlei negative Konsequenzen für Anwohner haben. Daher ist der Dialog der Behörden mit etwaig Betroffenen von höchster Relevanz.

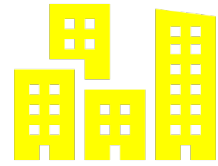
Dies gilt auch für das Projekt der Betuweroute. Wir Liberale halten es für eine Farce, dass der deutsche Teil der Bahnverbindung noch immer nicht fertiggestellt ist. Das dritte Gleis neben den zwei vorhandenen zwischen Zevenaar und Oberhausen muss schnellstmöglich gelegt werden. Gleichzeitig gilt es unverändert, bei den Planungen zu beachten, dass die Sicherheit auf und neben den Gleisen sowie die schnelle Erreichbarkeit von Krankenwagen und Feuerwehr gewährleistet bleibt. Auch braucht es einen bestmöglichen Lärmschutz.

In den vergangenen Jahren avancierte der Kreis Kleve zunehmend auch zu einer beliebten Anlaufstelle für den Radtourismus am Niederrhein. Und das aus guten Gründen: In kaum einem Landkreis sind die Radwege so gut ausgebaut wie in unserem. Der Radverkehr kann insbesondere für jüngere Menschen eine passende Ergänzung der Mobilität darstellen. Dennoch sehen wir auch dabei noch Potential. So fordern wir die Erschließung weiterer Strecken, die Realisierung weiterer Radschnellwege, die Einrichtung von innenstadtnahen Fahrradstellplätzen und den Ausbau von Lichtanlagen an Fahrradwegen entlang von Kreisstraßen.

Daher wollen wir uns im Kreistag insbesondere einsetzen für:

- **Eine Bus-on-demand-Strategie**
- **Die Verbesserung des schienengebundenen Personenverkehrs**
- **Die Realisierung wichtiger Straßenbauprojekte**

Wohnen und Wirtschaft



Der Kreis Kleve ist bislang wirtschaftlich immer gut aufgestellt gewesen. Das muss so bleiben. Um dies auch nach der Corona-Krise gewährleisten zu können, muss der Kreis neue Zukunftsimpulse insbesondere im Bereich der Wirtschaftsförderung und Existenzgründung setzen. Dies könnte etwa durch eine Ausweitung der Gründungszentren gelingen. Dabei denken wir an die Bereitstellung von Fachpersonal der Kreiswirtschaftsförderung für die Unternehmen oder an außerordentliche Kreditförderungen.

Die Gründerzentren sollten über das gesamte Kreisgebiet hinweg verteilt werden und in noch engerer Abstimmung mit den jeweiligen Kommunen, der Hochschule Rhein-Waal sowie der Industrie- und Handelskammer arbeiten. Dafür muss eine optimale Infrastruktur garantiert werden. Zudem hat die Corona-Pandemie offenkundig gemacht, wie wichtig flexible Arbeitsbedingungen sind. Daher müssen die Voraussetzungen fürs digitale Home-Office verbessert werden. Auch muss die Erreichbarkeit der umliegenden Ballungsräume Ruhrgebiet und Arnheim/Nimwegen verbessert werden.

Zudem steht der Flughafen Weeze weiterhin im Fokus der Kreispolitik. In den vergangenen Jahren avancierte dieser zu einem der größten Arbeitgeber im Kreis. Dennoch muss die wirtschaftliche Situation des Flughafens kritisch betrachtet werden – insbesondere nach den jüngsten Entwicklungen. Der Airport darf nicht zu einer ausufernden Belastung für den Steuerzahler werden. Daher braucht es neue, zukunftsweisende Impulse. Die Abhängigkeit von nur einer Fluggesellschaft muss ein Ende finden. Da sind der Flughafen, der Kreis und die Wirtschaftsförderung gleichermaßen gefordert, eine Zukunftsstrategie zu entwerfen.

Eine ähnliche Auffassung vertreten wir im Zusammenhang mit den RWE-Aktien des Kreises. Wenn der Kreis über eigenes Vermögen verfügt, ist das ein gutes Zeichen. Jedoch muss dieses Vermögen so angelegt sein, dass dem Kreis und seinen Bürgern dadurch ein Mehrwert entsteht. Es gilt, Vermögensverluste und niedrige Dividenden zu vermeiden. Ein Verkauf solcher Aktien aus bloß ideologischen Gründen lehnen wir allerdings ab.

Auch das Themenfeld des bezahlbaren Wohnraums steht hoch auf unserer politischen Agenda. Von diesem wird schlichtweg mehr benötigt. Deswegen setzen wir uns für weiteren Wohnungsbau ein und fordern einen verstärkten Einsatz von Hochbau im Kreis Kleve. Bisher ist es dem Kreis Kleve mit seiner Wohnungsbaugesellschaft (KKB) nicht gelungen, Wohnraum zu schaffen – und das trotz finanzieller Mittel in Höhe von 3,45 Millionen Euro. Es braucht ein klares Konzept, wie der Wohnungsbau gelingen soll. Zudem ist eine Abstimmung der kreiseigenen Wohnungsbaugesellschaft mit den Wohnungsbaugesellschaften der jeweiligen Gemeinden zwingend erforderlich. Insbesondere jene Kommunen ohne eigene Wohnungsbaugesellschaft sollten erste Ansprechpartner der KKB sein.

Zudem wollen wir nicht vernachlässigen, dass der Tourismus längst einen maßgeblichen Anteil an der wirtschaftlichen Stärke unseres Landkreises hat. Daher haben wir den Anspruch, den Niederrhein weiter als Tourismusregion auszubauen. Aufgrund unserer Topographie sollten wir den Radtourismus noch stärker in den Fokus rücken. Dazu gehört nicht nur der infrastrukturelle Ausbau der Radwege. Zur touristischen Nutzung sollten wir uns künftig

auch stärker am niederländischen Radwegekonzept orientieren. Auch der sogenannte Ökotourismus bietet dem Kreis Kleve eine aussichtsreiche Perspektive. Wir sollten etwa mehr ehemalige Kiesgruben der Öffentlichkeit zugänglich machen, um an noch mehr Stellen ein einzigartiges Freizeitangebot zu kreieren.

Damit das Leben in unseren Städten und Dörfern attraktiv bleibt, braucht es eine starke öffentliche Daseinsvorsorge. In einer von schnelllebigen Veränderungen geprägten Zeit sollten wir alles daran setzen, den heimatlichen Charakter unseres Kreises zu stärken. Daher fordern wir eine stärkere finanzielle Unterstützung von Vereinen, Verbänden, Feuerwehren, Sportklubs oder Büchereien. Dem Ehrenamt gebührt unsere uneingeschränkte Solidarität. Es ist zwingend erforderlich, vielen Dörfern wieder neue Perspektiven im Bereich der Versorgung zu bieten – etwa mit der Unterstützung von Dorfläden im ländlichen Raum. Wir werden auch unverändert von dem Anspruch geleitet, eine wohnortnahe Infrastruktur der Finanzdienstleistung vorzuhalten.

Der Kreis Kleve ist außerdem der einzige Landkreis in Nordrhein-Westfalen ohne eine eigene Verbraucherberatungsstelle. Dieser Zustand ist für uns nicht länger hinnehmbar. Wir halten eine zentrale Beratungsstelle in der Kreisstadt zwar nicht für zielführend. Allerdings sind wir der Überzeugung, dass mit der Nutzung moderner Technologien auch ein raumunabhängiges Konzept einer mobilen Verbraucherberatung möglich ist. Der Kreis soll diesbezüglich ein Modellprojekt entwerfen.

Daher wollen wir uns im Kreistag insbesondere einsetzen für:

- **Die Entwicklung eines Netzes von Gründerzentren**
- **Ein Wohnungsbaukonzept in Abstimmung mit den Kommunen**
- **Ein Konzept einer raumunabhängigen modernen Verbraucherberatung**

Klima und Umwelt



Die Umwelt im Kreis Kleve ist in weiten Teilen intakt und ein wichtiger Faktor für die Lebensqualität vor Ort. Daher braucht es eine nachhaltige Umweltpolitik, die die Ressourcen für kommende Generationen erhält. Umweltpolitik darf jedoch den Menschen nicht aussperren, sie muss das Verantwortungsbewusstsein des Einzelnen ansprechen und ihm die wirtschaftliche Existenzgrundlage belassen. Nachhaltige und unideologische Umweltpolitik geht nur mit, niemals gegen den Bürger.

Folglich haben wir uns im Kreistag gegen die Ausrufung eines symbolischen Klimanotstands gestellt. Wir wollen eine ambitionierte öffentliche Debatte darüber, wie wir den Herausforderungen des Klimawandels mit effizienten Maßnahmen begegnen können. Dabei setzen wir zuvorderst auf technische Innovationen. Neben der energetischen Ertüchtigung der kreiseigenen Gebäude sollte der Kreis insbesondere Initiativen zur Energiespeicherung vorantreiben. Bereits heute ist die installierte Leistung von Photovoltaikanlagen im Kreis Kleve größer als im gesamten Ruhrgebiet und Düsseldorf zusammen. Auf dem Weg zu einem wirklich energieautarken Kreis Kleve fehlt allerdings die Energiespeicherung, um auch in windarmen Nächten über ausreichend Strom zu verfügen. Daher setzen wir uns für die Förderung von Initiativen zur Energiespeicherung, etwa in Form des Verfahrens „power-to-gas“ ein. Denkbar sind dabei auch öffentliche Anschubfinanzierungen.

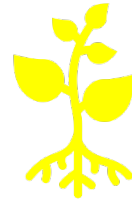
Wir Liberale stehen des Weiteren für die Fortsetzung einer restriktiven Abgrabungspolitik und für den vorsichtigen Umgang mit Eingriffen in Außenbereiche außerhalb der Siedlungsflächen ein. Unverändert lehnen wir jedwede Anwendungen der Fracking-Technik ab. In direkter Nachbarschaft zum Rhein ist es für uns außerdem von besonderer Bedeutung, den Hochwasserschutz in jedwede Planungen zu integrieren. Daher sollen Abgrabungen, die eine sinnvolle Nutzung als Wassersportfläche oder Rückzugsraum für die Natur vorsehen, von der Kreispolitik bevorzugt behandelt und im Dialog mit allen Interessengruppen entwickelt und umgesetzt werden. Ein solch kooperativer Ansatz ist auch bei der weiteren Ausweisung von Schutzflächen dringend notwendig. Wir begrüßen die Konkretisierungen der Landesregierung zu Anforderungen an Windkraftanlagen, die geeignet sind, die Akzeptanz von Windkraftanlagen in der Bevölkerung zu sichern. Windkraftanlagen im Wald lehnen wir weiterhin ab.

Einen wesentlichen Beitrag im Kampf gegen den Klimawandel können auch Aufforstungen leisten. Deshalb wollen wir durch den Kreis Anreize für das Anlegen von Streuobstwiesen sowie für die Aufforstung auf privaten Flächen setzen. Ein solches Engagement muss der Kreis auch auf eigenen Grundstücken zeigen und mit gutem Beispiel vorangehen. Um die Sichtbarkeit innovativer Unternehmen, die im Bereich des Umweltschutzes Herausragendes leisten, zu verbessern, wollen wir seitens des Kreises Kleve einen Preis „Gesunde Umwelt und starke Wirtschaft“ ausloben. Mit diesem sollen jährlich drei Unternehmen prämiert werden.

Daher wollen wir uns im Kreistag insbesondere einsetzen für:

- **Die Förderung der Energiespeicherung**
- **Die Fortsetzung einer restriktiven Abgrabungspolitik**
- **Die Einführung eines Preises „Gesunde Umwelt und starke Wirtschaft“**

Der Kreis Kleve als Partner der Landwirte und Gartenbauer



Wir Liberale sehen die Land-, Garten- und Forstwirtschaft als eine Lebensader wirtschaftlicher Stärke im Kreis an. Nur mit, und nicht auf Kosten der Landwirte kann nachhaltige Umweltpolitik gelingen. In der öffentlichen Debatte kommt die Wertschätzung für die Arbeit unserer Landwirte oftmals zu kurz. Wir setzen uns daher für eine Kreispolitik ein, die die Landwirtschaft wertschätzt und sie beratend begleitet. Daher soll der Kreis Kleve eine feste Ansprechstelle für die Belange der Landwirtschaft und des Gartenbaus einrichten und der Ausschuss für Umwelt und Strukturplanung in der nächsten Legislaturperiode in Ausschuss für Umwelt, Landwirtschaft und Strukturplanung umbenannt werden, um eine erkennbare Zuständigkeit zu schaffen.

Auf zusätzliche Auflagen von der Kreisebene wollen wir unbedingt verzichten und zusammen mit den Landwirten erarbeiten, wie der Kreis die zukünftige Entwicklung der heimischen Landwirtschaft unterstützend begleiten kann. Wir wünschen uns eine Landwirtschaft, die regional fest verankert ist und von motivierten Bauern vor Ort getragen wird. Das gilt für uns gleichermaßen sowohl für die konventionelle Landwirtschaft wie für den Ökolandbau. Moderne Stallanlagen für mehr Tierwohl müssen daher ebenso ermöglicht werden, wie der Vertrieb regionaler Produkte zu fördern ist. Wir begrüßen die Initiative zur Optimierung der Grundwassermessstellen für Nitratwerte.

Der Kreis Kleve soll die regionale Nachwuchsausbildung aktiv fördern und unterstützen. Aufgrund der hohen Bedeutung von Gartenbau und Landwirtschaft für den Kreis Kleve sollte die positive Bedeutung von Gartenbau und Landwirtschaft herausgestellt und aktiv publiziert werden. Natur- und Umweltschutz muss mit den landwirtschaftlichen Betrieben zusammen und nicht gegen diese umgesetzt werden.

Daher wollen wir uns im Kreistag insbesondere einsetzen für:

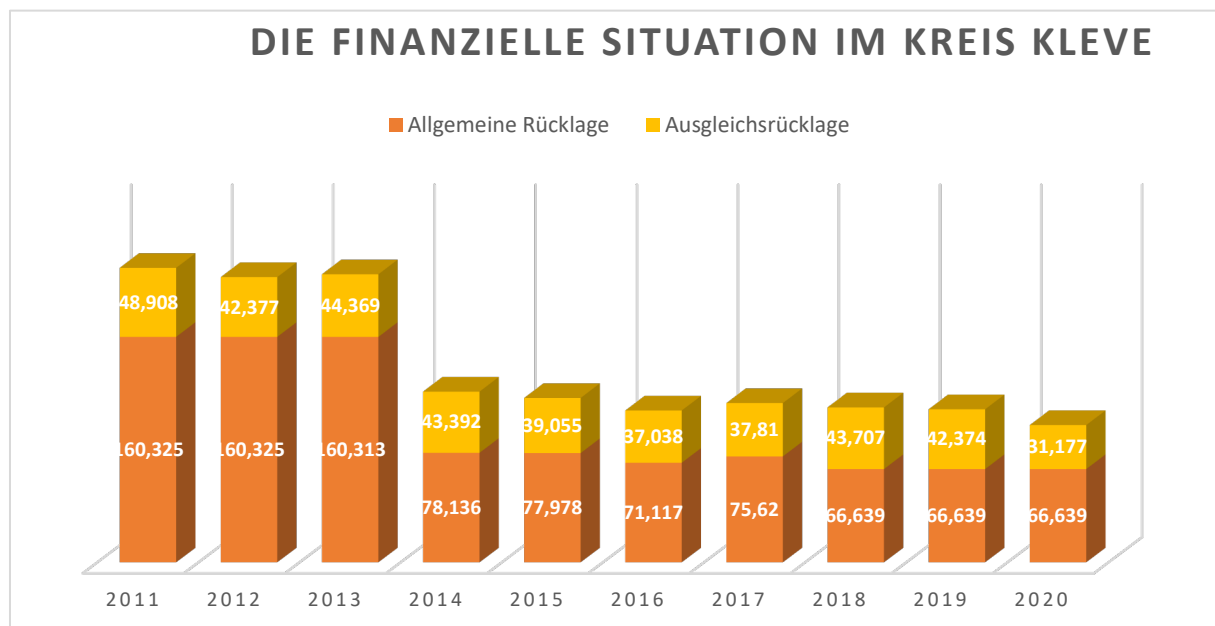
- **Eine Kreispolitik der Wertschätzung unserer Landwirtschaft am Niederrhein**
- **Eine beratende und unterstützende Begleitung durch die Kreisverwaltung**
- **Die Förderung einer regional verankerten Landwirtschaft durch die Entwicklung eines eigenen Kreis Klever Herkunftssiegels**

Generationengerechte Finanzen

Wir setzen uns als Liberale für eine nachhaltige und transparente Haushaltswirtschaft ein. Auf diesem Themengebiet braucht es eine Trendwende: Von 2011 bis 2019 hat der Kreis nämlich 100 Millionen Euro seines Eigenkapitals verloren (siehe Diagramm unten). Für das Haushaltsjahr 2020 sah der Haushaltsplan vor Corona einen Verbrauch von 9,3 Millionen Euro der sogenannten Ausgleichsrücklage vor. Wir hielten und halten dies in Jahren sprudelnder Steuerquellen für unverantwortlich. Die Corona-Krise zeigt unmissverständlich, dass in guten Zeiten Rücklagen gebildet werden müssen, um für schlechte Zeiten vorzusorgen. Der Kreis sollte nur so viel ausgeben, wie er auch einnimmt.



Wir wollen den Kommunen zwar eine niedrige Kreisumlage garantieren. Dieses Ziel darf in finanzpolitisch guten Zeiten aber keine Inanspruchnahme des Eigenkapitals erfordern. Im Sinne der Generationengerechtigkeit fordern wir die Überprüfung bisheriger und vor allem neuer Kreisausgaben hinsichtlich ihrer Notwendigkeit und ihres effizienten Einsatzes.



Daher wollen wir uns im Kreistag insbesondere einsetzen für:

- Eine nachhaltige Haushaltswirtschaft
- Eine Erhaltung des Eigenkapitals des Kreises in „guten“ Zeiten
- Die regelmäßige Überprüfung aller Kreisausgaben

Jugendhilfe und Bildung

Sowohl in der Kinder- und Jugendpolitik, wie auch in der Bildungspolitik hat der Kreis neben wichtigen koordinierenden Funktionen auch eigene Kompetenzen. So wird etwa die Jugendhilfe im Kreis Kleve zwischen mehreren Stadtjugendämtern und dem Kreisjugendamt für die kleineren Gemeinden aufgeteilt. Die Aufgaben des Jugendamtes umfassen im Wesentlichen die Familienförderung, Erziehung und Bildung in Kindertagesstätten, Jugend- und Sozialarbeit, Jugendschutz sowie Erziehungsangebote. In diesen Funktionen sollte das Kreisjugendamt mit aller Kraft unterstützt werden.



Im Bereich der Kindertagesstätten und Tagesmütter-Einrichtungen sind wir im Kreisgebiet gut aufgestellt. Wir müssen jedoch in eine größere Flexibilisierung des bestehenden Angebots investieren. Daher fordern wir für eine entsprechende Anzahl von Institutionen die Einrichtung von Abend- oder Nachtbetreuung, wie dies in Großstädten längst Normalität ist. Da die Zuständigkeit zwischen Kreis und größeren Gemeinden aufgeteilt ist, sollte zunächst versucht werden, Entwicklungen untereinander abzustimmen. Dies gilt auch für unser mittelfristiges Ziel einer generellen Beitragsfreistellung.

Im Bereich der Jugendbetreuung in Freizeiteinrichtungen wurde in der Vergangenheit viel bewegt. Hier muss die Kreisverwaltung weiterhin mit Jugendlichen und Eltern in Kontakt bleiben, um die Angebote in den Einrichtungen unverändert attraktiv zu gestalten und modernen Problemlagen wie Cybermobbing entgegenwirken zu können. Des Weiteren wollen wir in die Jugendhilfe im Bereich der Streetworker verstärkt investieren. Im Kreis Kleve gibt es darüber hinaus eine Reihe von Angeboten zur Freizeitgestaltung, Unterhaltung und Erholung. Wir sehen unter anderem sportliche Aktivitäten als einen großen Beitrag zum Gemeinschaftswohl und befürworten die Förderung des KreisSportBund Kleve e.V (KSB).

Im Bereich der weiterführenden Schulen kam es in den vergangenen Jahren zu erheblichen Veränderungen, bei denen sich häufiger auch die Größennachteile einzelner Städte oder Gemeinden als Problem bei der Stabilisierung von Haupt- oder Realschulen offenbart haben. Wir setzen uns als FDP für ein vielgliedriges Schulangebot ein, in dem jedes Kind als Individuum ein bestmögliches Angebot erhalten kann. Um dies zu erreichen und zu erhalten, sollte sich der Kreis deutlich stärker als Koordinator und Unterstützer anbieten.

Die Entscheidung des Kreises Kleve, an Förderschulen festzuhalten, wird von den Liberalen ausdrücklich begrüßt. Deswegen wollen wir die Wahlfreiheit zwischen Förderschulen und der Inklusion an Regelschulen erhalten. Dafür müssen beide Bereiche weiter ausgebaut werden, ohne diese gegeneinander auszuspielen. Die Anwerbung des notwendigen Personals wird jedoch immer schwieriger. Daher strebt die FDP als mittelfristige Lösung eine Konzentration des Inklusionspersonals an Schwerpunktschulen an.

Nach dem Neubau des Berufskollegs in Geldern wird derzeit das Berufskolleg in Kleve aufwendig saniert. Alleine für Baumaßnahmen sind über 34 Millionen Euro eingeplant, hinzu kommen mehrere Millionen für die Ausstattung der Schulen. Darauf dürfen wir uns aber nicht ausruhen. Durch die Digitalisierung verändert sich die Berufswelt so schnell,

dass ein zeitgemäßer Unterricht sehr hohe Anforderungen an Lehrer und die Ausstattung stellt. Im Sinne des Ziels eines Berufskollegs 4.0 müssen wir daher auch in den nächsten Jahren in erheblichem Umfang in die Ausstattung des Berufskollegs investieren.

Mit der Hochschule Rhein-Waal und zwei modernen, gut ausgestatteten Berufskollegs hat die berufliche Ausbildung wie auch jene an der Hochschule im Kreis Kleve eine starke Position. In Zeiten lebenslangen Lernens reicht dies alleine jedoch nicht aus. Wir müssen zusammen mit den Bildungsinstitutionen sicherstellen, dass Angebote an Abendschulen, berufsbegeleitende Studiengänge und andere Qualifizierungen in ausreichendem Maße angeboten und beworben werden. In diesem Sinne wollen wir uns für eine Initiative zur Fort- und Weiterbildung im Kreis Kleve einsetzen.

Wir stehen als Freie Demokraten zu dem Ziel „Aufstieg durch Bildung“. Für uns darf nicht die Herkunft, sondern Fleiß und individuelle Fähigkeit entscheidend für den weiteren Lebensweg sein. Daher wollen wir im Kreis Kleve die Studien- und Berufsorientierung stärken und Fördermöglichkeiten wie Talentscouting und Schülerstipendien vorantreiben. Unser Ziel ist es, dass mindestens zwei Schulen im Kreis Kleve Kooperationsschulen im sogenannten NRW-Talentscouting werden.

Daher wollen wir uns im Kreistag insbesondere einsetzen für:

- **Eine größere Flexibilisierung der Kinderbetreuung**
- **Eine Initiative zur Fort- und Weiterbildung**
- **Die Realisierung des Versprechens „Aufstieg durch Bildung“**